

Schönfelder, Wilhelm; Gutowski, Armin

Article — Digitized Version

Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen am Ende?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schönfelder, Wilhelm; Gutowski, Armin (1982) : Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen am Ende?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 5, pp. 211-221

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135676>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen am Ende?

Die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen sind schon seit Mitte der 70er Jahre aus ökonomischen Gründen rückläufig. Seit Afghanistan und erst recht seit den Ereignissen in Polen dreht sich die Diskussion vor allem auf amerikanischer Seite darum, ob diese Beziehungen mit politischen Mitteln weiter eingeschränkt werden sollen. Soll insbesondere die Sowjetunion durch eine Drosselung oder gar Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen politisch und militärisch geschwächt werden? Oder sollen die wirtschaftlichen Beziehungen weiter ausgebaut werden? Und wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Wilhelm Schönfelder

Die Diskussion geht an der wirtschaftlichen Realität vorbei

Es wäre naiv anzunehmen, daß Außenhandel in einem politikfreien Raum stattfinden könnte. Außenhandelspolitik war und ist auch immer „reine“ Politik. Auch die derzeitige Debatte um die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen ist in ihrem Kern eine politische Debatte. Es geht darum, ob der Westen über die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen Einfluß auf die Politik der Sowjetunion nehmen oder die Sowjetunion durch eine Drosselung oder Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen politisch und militärisch schwächen kann.

Es wäre aber ebenso naiv zu glauben, der Außenhandel freier Marktwirtschaften ließe sich ausschließlich „politisch“ steuern. Die historischen Erfahrungen beweisen, daß sich die wirtschaftlichen Beziehungen demokratischer Staaten langfristig weitgehend unabhän-

gig von ihren politischen Beziehungen nach ökonomischen Gesichtspunkten entwickeln und daß sie politisch immer nur kurzfristig und dann vor allem negativ beeinflussbar sind. Dies gilt auch für die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen.

Darüber hinaus geht die Diskussion um die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen in einer seltsamen Weise an der wirtschaftlichen Realität vorbei. Ohne Zweifel haben die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen zu Beginn der 70er Jahre durch die günstige politische Großwetterlage einen starken Impuls erhalten. Vor allem die Steigerungsraten der westlichen Exporte in den RGW-Bereich waren zunächst außergewöhnlich hoch.

Auf der anderen Seite begann aber schon Mitte der 70er Jahre, zu einem Zeitpunkt, als noch niemand

von einem Ende der Entspannungspolitik sprach, eine Phase abnehmender, zum Teil negativer Wachstumsraten im Ost-West-Handel. Angesichts der hohen Inflationsraten in den meisten dieser Jahre verbirgt sich hinter den nominalen Wachstumsraten vielfach ein realer Rückgang. 1981 hat sich dieser nach unten weisende Trend verstärkt.

Bei der derzeitigen Debatte um Sanktionen und andere Maßnahmen geht es also gar nicht darum, wie ein florierender und expandierender Osthandel zurückgeschraubt oder gar unterbrochen werden kann. Es kann allenfalls darum gehen, ob der ökonomisch bedingte reale Rückgang der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen mit politischen Mitteln weiter verstärkt werden soll.

Im einzelnen stellt sich die Entwicklung wie folgt dar:

Osthandel der Bundesrepublik

Die Bundesrepublik Deutschland ist der wichtigste Westhandelspartner der Sowjetunion und Osteuropas. Ihr Anteil an den Exporten der OECD-Länder in den RGW-Raum schwankte in den 70er Jahren zwischen 20 % und 29 %, ihr Anteil an den OECD-Importen aus dem Osten zwischen 17 % und 23 %¹.

Die Wende im Osthandel Mitte der 70er Jahre hat die Bundesrepublik Deutschland ganz besonders getroffen. Die niedrigen, zum Teil negativen nominalen Wachstumsraten ihrer Exporte und die Veränderungen bei den Importen zwischen 1975 und 1981 bedeuten (vgl. Tabelle 1 und 2):

□ Der Export der Bundesrepublik Deutschland in die Sowjetunion ging 1981 real um 9 % zurück. Er lag damit unter dem Niveau von 1975. Der Export nach Osteuropa lag 1981 sogar nominal unter dem Niveau von 1974.

□ Die deutschen Importe aus der Sowjetunion stiegen 1981 nominal zwar um 22,7 % an. Real sind aber auch sie um 9 % gefallen. Der starke nominale Anstieg ist auf die hohen Preissteigerungsraten einiger wichtiger Importgüter (Erdöl, Erdölprodukte und Erdgas) zurückzuführen. Der Einfuhrpreisindex für Importe aus der Sowjetunion stieg nach Berechnungen des DIW um 35 %².

□ Die deutschen Importe aus Osteuropa nahmen 1981 nominal nur noch um 0,3 % zu. Dies bedeutet bei geschätzten Preissteigerungen von 10 % einen deutlichen realen Rückgang.

□ Der Anteil der Sowjetunion an den gesamten Ausfuhren der Bun-

desrepublik lag 1981 mit 1,9 % unter dem Niveau von 1974 (2,1 %). Der entsprechende Anteil der osteuropäischen Staaten lag mit 2,4 % sogar unter dem Niveau von 1970 (2,6 %).

□ Der Anteil der Sowjetunion an unseren Gesamtimporten war 1981 mit 2,5 % mehr als doppelt so hoch wie 1970 (1,1 %).

□ Der Anteil der osteuropäischen Staaten an unseren Gesamtimporten war 1981 mit 2,2 % niedriger als 1970 (2,5 %).

Osthandel der OECD-Länder

Im Jahre 1981 (Januar-September) ging der OECD-Osthandel – mit Ausnahme der Exporte in die Sowjetunion – im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zurück. Die Ausfuhren der OECD-Länder in die Sowjetunion stiegen noch um 5,9 %,

während die in die europäischen RGW-Staaten insgesamt (einschließlich der Sowjetunion) bereits um 3,3 % zurückgingen. Die Einfuhren der OECD-Staaten aus der Sowjetunion fielen um 4,5 % und die aus den RGW-Ländern einschließlich der Sowjetunion um 9,5 %.

Der Anteil des Warenaustauschs der OECD-Länder mit der Sowjetunion an ihrem gesamten Osthandel mit den europäischen RGW-Staaten ist in den 70er Jahren ständig gestiegen. Er betrug 1970 ca. 43 %, 1975 ca. 49 % und 1980 ca. 54 %. Die Sowjetunion hatte gegenüber ihren Partnerländern im RGW den Vorteil, daß sich ihre Terms of Trade gegenüber den OECD-Ländern wegen der Explosion der Energiepreise ganz erheblich verbesserten – im Handel mit der Bundesrepublik Deutschland nach Schätzungen des DIW etwa um 100 % zwischen 1970 und 1980.

Für die OECD-Länder insgesamt ergaben sich vor allem Mitte der 70er Jahre große Handelsbilanzüberschüsse beim Außenhandel mit den RGW-Ländern. Der kumulierte Überschuß in der Zeit von 1970 bis 1980 beträgt 30,8 Mrd. US-\$ (vgl. Tabelle 3). Eine differenziertere Betrachtungsweise zeigt jedoch, daß innerhalb der OECD-Länder vor allem im Handel mit der Sowjetunion Ungleichgewichte bestehen. So beträgt der kumulierte Handelsbilanzüberschuß der USA gegenüber der Sowjetunion in der

Die Autoren unseres Zeitgesprächs:

Dr. Wilhelm Schönfelder, 41, Dipl.-Volkswirt, ist im Auswärtigen Amt tätig. Er gibt hier seine persönliche Meinung wieder.

Prof. Dr. Armin Gutowski, 51, ist Präsident des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg und Ordinarius für Wirtschaftspolitik an der Universität Hamburg. Er gehörte von 1970 bis 1978 dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung an. Im Rahmen der Trilateralen Kommission arbeitete er an einer Studie über Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen mit.

² Nach OECD-Statistiken hat – in Dollar gerechnet – die Bundesrepublik Deutschland wegen der Dollar-Aufwertung in 1981 sogar auch bei Importen aus der Sowjetunion nominal einen Rückgang zu verzeichnen (Veränderungen Jan.-Sept. 1981 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum). Insgesamt sind in diesem Zeitraum in Dollar ausgedrückt die Exporte in die RGW-Länder um 20,4 % und die in die Sowjetunion um 23,2 % gefallen, während die Importe aus den RGW-Staaten um 14 % und die aus der Sowjetunion um 5,5 % zurückgingen.

¹ Dabei ist beim Osthandel der Bundesrepublik in der folgenden Analyse der innerdeutsche Handel nicht berücksichtigt, während bei den anderen OECD-Ländern der Handel mit der DDR eingeschlossen ist.

Tabelle 1
Entwicklung der Ausfuhren (fob) der Bundesrepublik Deutschland
nach Osteuropa (ohne DDR) und der Sowjetunion 1970 bis 1981

Land, Ländergruppe	1970	1975	1978	1979	1980	1981
	Mill. DM					
Sowjetunion	1 546	6 948	6 301	6 624	7 943	7 622
Osteuropa ¹	3 201	8 937	9 148	9 286	9 244	9 463
Osteuropa und Sowjetunion	4 748	15 885	15 450	15 910	17 187	17 085
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %					
Sowjetunion	- 2,3	45,6	- 2,3	5,1	19,9	- 4,0
Osteuropa ¹	15,8	- 8,5	2,5	1,5	- 0,5	2,4
Osteuropa und Sowjetunion	9,2	9,3	0,5	3,0	8,0	- 0,6
	Anteil am gesamten Export der Bundesrepublik in %					
Sowjetunion	1,2	3,1	2,2	2,1	2,3	1,9
Osteuropa ¹	2,6	4,0	3,2	3,0	2,6	2,4
Osteuropa und Sowjetunion	3,8	7,2	5,4	5,1	4,9	4,3

¹ Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Tschechoslowakei.

Quelle: DiW: Wochenbericht 10/1982.

Zeit von 1970 bis 1980 12,4 Mrd. US-\$. Damit ist er fast dreimal so hoch wie der Handelsbilanzüberschuß der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Sowjetunion in Höhe von 4,5 Mrd. US-\$ in der Zeit von 1970 bis 1980. Im gleichen Zeitraum wies demgegenüber die EG der Neun gegenüber der Sowjetunion ein Handelsbilanzdefizit von 9,3 Mrd. US-\$ auf.

Die positive Handelsbilanz der USA im Handel mit der Sowjetunion ist auf den großen Importbedarf der UdSSR an Nahrungsmitteln zurückzuführen: Die Brutto-Agrarproduktion der Sowjetunion stieg von 1975 bis 1980 um durchschnittlich nur 0,17 % bei einem jährlichen Bevölkerungswachstum von 0,8 %.

Der Anteil der Nahrungsmittel an den sowjetischen Gesamtimporten stieg von 12 % im Jahre 1960 über 15 % 1970 auf 24,2 % im Jahre 1980. Die Nahrungsmittelimporte stiegen zwischen 1970 und 1980 um das Neunfache, und zwar von 1,8 auf 16,5 Mrd. US-\$, während die

Gesamtimporte nur um das Vierfache zunahm. Die Getreideimporte stiegen mengenmäßig im gleichen Zeitraum sogar um das 15fache von 2 auf 31 Mill. t. Der Importbedarf der Sowjetunion an Agrargütern wurde fast ausschließlich von westlichen Exporteuren gedeckt. Die USA spielten dabei eine bedeutende Rolle. Ihre Agrarexporte in die Sowjetunion sind von 1971 (1970 = 0) bis 1980 um das 27fache gestiegen.

Auch für den Anstieg der Exporte der OECD-Länder in die Sowjetunion in den ersten drei Quartalen 1981 um 5,9 % dürfte die starke Steigerung der US-Exporte in die UdSSR der Grund gewesen sein. Sie nahmen 1981 im Vergleich zum Vorjahr um 54,9 % zu.

Verschuldung der RGW-Länder

Die Bruttoverschuldung der RGW-Länder³ gegenüber westlichen Gläubigerstaaten stieg zwischen 1970 und 1981 um das Zwölffache von 7,8 auf 92-95 Mrd. US-\$

(vgl. Tabelle 4). (Ende 1980 waren es rd. 85,6-87,6 Mrd. US-\$ gewesen.) Die Nettoverschuldung dürfte sich in einer Größenordnung von 82-85 Mrd. US-\$ (Ende 1980: 70-72 Mrd. US-\$) bewegen.

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre nahm, nach einem rapiden Anstieg zwischen 1970 und 1975, das Tempo der Neuverschuldung deutlich ab. Einerseits wurden die RGW-Länder bei der Aufnahme neuer Kredite zurückhaltender; sie bemühten sich, ihre Handelsbilanzen ausgeglichener zu gestalten und das Tempo der Neuverschuldung zu drosseln. Andererseits wurden aber auch die westlichen Kreditgeber vorsichtiger und abwartender.

Am höchsten verschuldet ist Polen mit 28-30 Mrd. US-\$, gefolgt von

³ Ohne innerdeutsche Kreditbeziehungen. Falls keine Quelle angegeben ist, sind die folgenden Zahlen Schätzungen. Insbesondere über die Verschuldung der Sowjetunion im Westen liegen keine genauen Zahlen vor. Die Angaben in den einzelnen Quellen weichen teilweise um mehr als 100 % (oder 20 Mrd. DM) voneinander ab.

Tabelle 2
Entwicklung der Einfuhren (cif) der Bundesrepublik Deutschland
aus Osteuropa (ohne DDR) und der Sowjetunion 1970 bis 1981

Land, Ländergruppe	1970	1975	1978	1979	1980	1981
Mill. DM						
Sowjetunion	1 254	3 241	5 406	7 381	7 411	9 223
Osteuropa ¹	2 779	4 726	6 264	7 482	8 132	8 159
Osteuropa und Sowjetunion	4 033	7 967	11 670	14 863	15 543	17 382
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						
Sowjetunion	- 4,0	- 0,9	18,5	35,7	0,4	22,7
Osteuropa ¹	21,0	3,5	3,2	19,4	8,7	0,3
Osteuropa und Sowjetunion	12,0	1,7	9,8	27,0	4,6	11,0
Anteil am gesamten Import der Bundesrepublik in %						
Sowjetunion	1,1	1,8	2,2	2,5	2,2	2,5
Osteuropa ¹	2,5	2,6	2,6	2,6	2,4	2,2
Osteuropa und Sowjetunion	3,7	4,3	4,8	5,1	4,6	4,7

¹ Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Tschechoslowakei.

Quelle: DIW: Wochenbericht 10/1982.

Tabelle 3
Handel der OECD-Länder mit den europäischen RGW-Staaten¹ und der Sowjetunion
(in Mill. US-\$ und Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)

	Europäische RGW-Länder				Saldo	Sowjetunion				
	OECD-Importe	%	OECD-Exporte	%		OECD-Importe	%	OECD-Exporte	%	Saldo
1970	6 345		6 432		+ 87	2 816		2 652		- 164
1971	6 960	9,7	6 951	8,0	- 9	3 067	8,9	2 652	0	- 415
1972	8 287	19,0	9 387	35,0	+1 100	3 450	12,5	3 904	47,2	+ 454
1973	11 986	44,6	14 039	49,5	+2 053	5 329	54,5	5 786	48,2	+ 457
1974	17 132	42,9	19 602	39,6	+2 470	8 431	58,5	7 596	31,3	- 835
1975	18 001	5,0	25 983	32,5	+7 982	8 844	4,9	12 532	65,0	+3 688
1976	21 051	16,9	27 470	5,7	+6 419	10 763	21,7	13 766	9,8	+3 003
1977	23 198	10,2	27 471	0	+4 273	12 170	13,1	13 572	-1,4	+1 402
1978	26 696	15,0	32 059	16,7	+5 363	13 927	14,4	15 590	14,9	+1 563
1979	36 360	36,2	38 448	19,9	+2 088	20 112	44,4	19 200	23,2	- 912
1980	43 320	19,1	42 288	10,0	-1 032	24 696	22,8	21 492	11,9	-3 204
					Summe:	30 794			Summe:	5 037

¹ Sowjetunion, DDR (ohne innerdeutschen Handel), Polen, Ungarn, Tschechoslowakei, Bulgarien, Rumänien.

Quelle: OECD-Statistics, Serie A, div. Jahrgänge; eigene Berechnungen.

der Sowjetunion mit rd. 16 Mrd., der DDR mit rd. 15 Mrd. und Rumänien mit rd. 13 Mrd. US-\$.
Polen hat inzwischen alle noch von 1981 ausstehenden Zinsen für Bankkredite bezahlt und damit die Voraussetzung dafür geschaffen,

daß das Umschuldungsabkommen mit den Banken von 1981 über 2,4 Mrd. US-\$ unterzeichnet wurde und Verhandlungen über die 1982 fällig werdenden Zahlungen aufgenommen werden können. Für über die Umschuldung hinausgehende neue

Kredite besteht derzeit keine Chance.

Etwas anders sieht es im Falle der Sowjetunion aus. Zwar steht anscheinend auch die UdSSR vor zumindest kurzfristigen Zahlungsproblemen. Darauf deutet hin:

Tabelle 4
Brutto-Verschuldung der europäischen RGW-Länder bei OECD-Ländern
 (in Mrd. US-\$)

	1970*	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981*
UdSSR	(1,7)	1,8	2,4	3,7	5,2	10,6	14,9	15,7	17,2	17,2	17,0	(16,0)
Polen		1,1	1,6	2,8	4,6	8,0	11,5	14,0	17,8	21,1	24,5	(28)
Bulgarien		0,7	1,0	1,0	1,7	2,6	3,2	3,7	4,3	4,5	3,9	(3,1)
Rumänien		1,2	1,2	1,6	2,7	2,9	2,9	3,6	5,2	7,0	9,4	(12,8)
Ungarn		1,1	1,4	1,4	2,1	3,1	4,0	5,7	7,5	8,0	8,3	(8,3)
DDR		1,4	1,6	2,1	3,1	5,2	5,9	7,1	8,9	10,1	11,3	(15,0)
CSSR		0,5	0,6	0,8	1,0	1,1	1,9	2,6	3,2	4,0	4,5	(4,1)
RGW-Länder insges. (einschließlich RGW-Banken)	(7,8)	8,4	11,0	15,0	22,3	36,4	47,7	56,6	68,9	77,1	86,0	(93,5)
Steigerungsraten der RGW-Verschuldung in %		7,7	31,0	36,4	48,7	63,2	31,0	18,7	21,7	11,9	11,5	8,7

* Zahlen in Klammern sind Schätzungen.

Quelle: Für 1971 bis 1980: CIA: Estimating Soviet and East European Hard Currency Debt, ER 80-10327, Studie vom Juni 1980; eigene Berechnungen.

□ Sowjetische Importeure verlangen von westlichen Lieferanten anstatt der üblichen 25 Tage Zahlungsziele von 120 bis 180 Tagen.

□ 1980 verkaufte die Sowjetunion bei einem durchschnittlichen Goldpreis von 615 US-\$ pro Unze Gold nur etwa 80 t Gold. 1981 verkaufte sie dagegen bei einem Goldpreis von nur 460 US-\$ pro Unze Gold die dreifache Menge.

□ Gegenwärtig akzeptiert die Sowjetunion Euro-Kredite zu Konditionen, die sie noch Ende 1981 abgelehnt hat.

Auf der anderen Seite ist aber die Bruttoverschuldung der Sowjetunion gegenüber dem Westen insgesamt seit 1978 von 17,2 Mrd. US-\$ auf ca. 16 Mrd. US-\$ gesunken⁴. Ihre Verbindlichkeiten gegenüber inländischen deutschen Banken fielen seit 1976 kontinuierlich (vgl. Tabelle 5).

Die Sowjetunion hat Anfang Februar relativ problemlos von einem

⁴ Die Economic Commission for Europe (ECE) gibt in ihrem Economic Survey of Europe 1981 andere Zahlen an. Danach liegt die Netto-Verschuldung der Sowjetunion 1981 bei 19 Mrd. US-\$.

Bankenkonsortium unter Leitung der Österreichischen Kreditanstalt-Bankverein einen neuen Exportkredit über rd. 600 Mill. US-\$ zu einem Zinssatz von 7,8 % erhalten. Nach Angaben der Zeitschrift „International Investor“ hat sich das internationale „Credit Standing“ der Sowjetunion trotz Polenkrise sogar verbessert. Sie ist von der 27. Stelle auf die 26. gerückt. Damit liegt sie allerdings immer noch hinter Ländern wie z. B. Taiwan oder Spanien.

Zahlungsprobleme hat dagegen Rumänien. Ein Teil seiner kurzfristigen Schulden bei westlichen Banken mußte bereits 1981 gestundet werden, und vor kurzem trafen sich Vertreter westlicher Banken, um über einen weiteren Zahlungsaufschub für kurzfristige Verbindlichkeiten und über einen Umschuldungsplan für die gesamten fälligen Zahlungen von 1981 und 1982 zu beraten. Rumänien bemüht sich auch um Umschuldung der staatlich verbürgten fälligen Zahlungen. Die westlichen Gläubigerländer sind grundsätzlich bereit, Umschuldungsverhandlungen im multilateralen Rahmen aufzunehmen.

Zur Zeit sind die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen in realen Größen gemessen rückläufig, und zwar nicht weil das politische Klima zwischen Ost und West kühler geworden ist, sondern weil wirtschaftliche Grenzen erreicht sind. Andererseits wird der Bedarf der Sowjetunion und der übrigen osteuropäischen RGW-Staaten an Importen aus dem Westen auch in den 80er Jahren sehr hoch sein. Vor allem die Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft wird in dieser Zeit durch die Verknappung einer ganzen Reihe

Tabelle 5
Forderungen deutscher Kreditinstitute gegenüber der Sowjetunion
 (jeweils per 31. 12.)

	Mrd. DM	Veränderung in %
1976	5,3	–
1977	5,2	– 1,9
1978	5,0	– 4,0
1979	4,3	– 14,0
1980	4,1	– 4,7
1981 (Sept.)	3,9	– 4,9

Quelle: Statistische Beihefte des Statistischen Bundesamtes, Reihe 3/1, 1982; eigene Berechnungen.

von Produktionsfaktoren und natürlichen Ressourcen geprägt sein⁵.

Zwischen 1970 und 1980 nahm die Bevölkerung der Sowjetunion im arbeitsfähigen Alter um 23,4 Mill. Menschen zu. Zwischen 1980 und 1990 werden es nur noch 5,3 Mill. sein, und zwar vor allem in den nicht-russischen asiatischen Gebieten der Sowjetunion. Wenn das Wirtschaftswachstum nicht weiter zurückgehen soll, muß von einem extensiven auf ein intensives Wachstum umgeschaltet und die Arbeitsproduktivität durch eine umfassende Förderung des arbeitsparenden technischen Fortschritts gesteigert werden.

Die meisten Untersuchungen über die Entwicklungsaussichten der sowjetischen Ölproduktion gehen von einem einschneidenden Rückgang der Ölexportfähigkeit der

UdSSR aus. Die Ölexporte der Sowjetunion in den Westen betragen 1980 66 Mill. t. Schätzungen für 1990 gehen von einem Rückgang auf 25 Mill. t bis auf Null aus. Wegen des zumindest relativen Rückgangs der Ölförderung kommt der Erhöhung der Erdgasproduktion eine besondere Bedeutung zu. Sie ist aber nur durch den weiteren Import von Röhren und Fördergeräten aus dem Westen zu realisieren.

Trotz der hohen Planansätze für die Getreideernte von durchschnittlich jährlich 239 Mill. t im laufenden Fünf-Jahr-Plan und trotz der hohen Zuweisungen an Investitionsmitteln für die Landwirtschaft in Höhe von 27 % der sowjetischen Gesamtinvestitionen wird die UdSSR auch in den 80er Jahren wegen der Klimaabhängigkeit ihrer Landwirtschaft und deren systemimmanenten ordnungspolitischen Schwä-

chen mit großer Wahrscheinlichkeit Nettoimporteur bei Agrarprodukten sein. Wieviel von dem sowjetischen Importbedarf gedeckt werden kann, hängt von der Verfügbarkeit von Devisen ab.

In den vergangenen Jahren erzielte die Sowjetunion rd. 60 % ihrer Importeinnahmen im Westen durch den Verkauf von Öl und Ölprodukten. Nach dem absehbaren Rückgang der Ölexporte soll Erdgas an die Stelle von Öl treten und die Rolle des zentralen Exportguts einnehmen. Ob die zusätzlichen Deviseneinnahmen aus Erdgaslieferungen den Rückgang der Öleinnahmen kompensieren oder gar überkompensieren können, ist fraglich. Da

⁵ Vgl. dazu J. Nötzold, F. Müller, W. Beitel: Interessen der UdSSR am Fortbestand der in der Phase der Entspannungspolitik entstandenen Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen, Februar 1982.

Bestellen Sie jetzt:

Das bewährte Handbuch seit 1900!
Jetzt in
37., völlig neu gestalteter Auflage:

Obst/Hintner

GELD-, BANK- UND BÖRSENWESEN

Herausgegeben von Norbert Klotten
und Johann Heinrich von Stein

Auf 1000 Seiten:
umfassendes und fundiertes
Wissen für die Bankpraxis

1980. XXVIII, 978 Seiten.
Geb. DM 118,-.
ISBN 3-7910-0274-0

Bitte fordern Sie
unseren
Sonderprospekt
„Obst/Hintner“ an.



C.E. Poeschel
Stuttgart

Postfach 529 · 7000 Stuttgart 1

die im Rahmen des Erdgasröhren-geschäfts gebaute neue Gasleitung zwischen Sibirien und Westeuropa erst 1985 fertiggestellt sein soll, ist frühestens in der zweiten Hälfte der 80er Jahre mit zusätzlichen Einnahmen aus Gaslieferungen zu rechnen, die zudem zunächst für den Schuldendienst verwandt werden müssen. Weil die Ölexporte aber wahrscheinlich schon vorher zurückgehen werden, ist für die Mitte der 80er Jahre ein Devisenengpaß zu erwarten. Inwieweit er durch erhöhte Waffenexporte oder durch Goldverkäufe gemildert werden kann, ist ebenfalls fraglich.

Eine Prognose des kurzfristigen Devisenbedarfs der Sowjetunion und darüber, ob sie ihn bei Ausschöpfung ihrer Deviseneinnahmefähigkeiten decken kann, hängt von der Ernte im Jahre 1982 und von der weiteren Entwicklung in den anderen RGW-Staaten, insbesondere in Polen, ab. Die schlechte Ernte von 1981 bestimmt zumindest noch bis zum Ende des laufenden Getreidejahres (Sept. 1982) den sowjetischen Devisenbedarf entscheidend mit. Westliche Agrarexperten rechnen mit einem weiteren Anstieg der Getreideimporte in diesem Jahr von 31 Mill. t auf 40-43 Mill. t.

Wirtschaftsprobleme Osteuropas

Die wirtschaftliche Entwicklung Polens zeigt, daß die Sowjetunion nicht isoliert, sondern nur im Zusammenhang mit anderen RGW-Staaten betrachtet werden kann. Sie hat im vergangenen Jahr Polen in einem gewissen Umfang auch durch Hartwährungskredite unterstützt. Auf Dauer wird sie aber nicht gleichzeitig ihre eigenen Importe aus dem Westen, die der Partnerstaaten und deren Verschuldung im Westen finanzieren können. Es spricht einiges dafür, daß sie ihren eigenen wirtschaftlichen Belangen

Vorrang geben und sich nicht durch Entwicklungen in den Partnerstaaten in eine finanzielle Dauerkrise ziehen lassen wird. Ein erstes deutliches Zeichen ist die geplante, zum Teil schon realisierte pauschale Kürzung der Ölexporte in die osteuropäischen RGW-Länder um 10 %.

Die Anpassungsprobleme der übrigen osteuropäischen RGW-Länder werden dadurch noch schwieriger. Ihr Wirtschaftswachstum wird sich nach allen vorliegenden Prognosen in den kommenden Jahren weiter abschwächen. Die Sicherung der Energieversorgung und der Einsatz energiesparender Technologien sind deshalb noch dringender geworden. Die dafür zusätzlich erforderlichen Investitionsmittel können nicht mehr für die dringend notwendige Modernisierung der Industriebetriebe verwendet werden. Zudem wäre aus innenpolitischen Gründen angesichts von Rationierungen und Käuferschlangen vor den Läden eigentlich eine Ausdehnung des Konsumgütersektors zu Lasten des Investitionsgüterbereichs notwendig. Zur Verringerung des schon bestehenden Ungleichgewichts gegenüber dem Westen wäre im übrigen ein erhöhter realer Ressourcentransfer ins Ausland erforderlich.

Die Sowjetunion wächst zwar immer mehr in die Rolle eines Kreditgebers gegenüber ihren osteuropäischen Partnern hinein. Allein im Jahre 1981 soll sie ihnen ca. 3,3 Mrd. US-\$ in Hartwährung zur Verfügung gestellt haben (für Kuba, Vietnam und die Mongolei waren es noch einmal 3,0 Mrd. US-\$)⁶. Sie ist aber wegen ihrer eigenen wirtschaftlichen Schwäche mittelfristig wahrscheinlich nicht in der Lage, die wirtschaftlichen Probleme Osteuropas zu lösen.

Dies könnte dazu führen, daß weitere Länder dem ungarischen

Beispiel folgen und versuchen, ihr Wirtschaftssystem durch Einführung marktwirtschaftlicher Komponenten leistungs- und international konkurrenzfähiger zu machen, um so den Zugang zu den westlichen Export- und Kapitalmärkten offenzuhalten. Dies könnte aber auch dazu führen, daß – wie in Rumänien – durch Wiedereinführung stalinistischer Methoden versucht wird, die wirtschaftliche Leistungskraft zu stärken und durch eine stärkere Anlehnung an die Sowjetunion die Wirtschaftsprobleme zu lösen.

Beide Strategien hätten politische Konsequenzen:

Mehr Marktwirtschaft heißt letztlich weniger Kommunismus und damit Liberalisierung des politischen Systems;

verstärkte wirtschaftliche Anlehnung an die Sowjetunion heißt mit einiger Wahrscheinlichkeit auch größere politische Abhängigkeit von Moskau.

Politische Schlußfolgerungen

Vor dem Hintergrund des in realen Größen gemessenen Rückgangs der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen einerseits und des eher zunehmenden, zumindest aber weiterbestehenden Importbedarfs der Sowjetunion und auch der übrigen osteuropäischen Länder aus dem Westen andererseits bekommt die derzeitige Debatte über mögliche wirtschaftliche Sanktionsmaßnahmen des Westens gegenüber Osteuropa eine neue Dimension. Es ist unzweifelhaft, daß westliche Wirtschaftsmaßnahmen die rückläufige Entwicklung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen verstärken und die Probleme der RGW-Volkswirtschaften weiter verschärfen würden.

⁶ Vgl. The Economist vom 6. Feb. 1982.

Es ist aber ebenso evident, daß der Adressat solcher Maßnahmen in jedem Falle letztlich die Sowjetunion wäre, denn niemand kann im Ernst erwarten, daß z. B. bei Maßnahmen gegen Polen das dortige Regime von sich aus das Kriegsrecht wieder aufheben und der Gewerkschaft „Solidarität“ wieder volle Handlungsfreiheit mit allen politischen Konsequenzen geben könnte. Wahrscheinlicher würde eine Verschärfung des Druckes auf die Bevölkerung sein, um aus wirtschaftlicher Not geborenen Unruhen zu begegnen, immer mit der Option einer direkten sowjetischen militärischen Intervention im Hintergrund.

Eine Politik wirtschaftlicher Sanktionen, die ausschließlich eine Schwächung der Sowjetunion zum Ziel hätte, wäre außerordentlich problematisch. Sie wäre um so „erfolgreicher“, je weiter die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, auch zu den kleinen RGW-Staaten, eingeschränkt würden, bis hin zur Wirtschaftsblockade. Ob sich dadurch allerdings am politischen System der Sowjetunion etwas ändern würde, ist fraglich. Ergebnis einer solchen Politik könnte durchaus auch die Rückkehr zu einem stalinistischen System in Osteuropa sein.

Die Reaktion der Sowjetunion auf die westliche Sanktionen-Debatte läßt darauf schließen, daß auch der sowjetischen Führung bewußt ist,

daß der gesamte RGW erhebliche Nachteile durch wirtschaftliche Sanktionen des Westens haben würde.

Auch für den Westen wären die Kosten einer Wirtschaftsblockade erheblich (Verlust von Arbeitsplätzen, Gefährdung der Rückzahlung der Kredite, Verlust von Rohstoffbezugsquellen, Lagerung von weiteren Agrarüberschüssen). Besonders bedenklich wären aber die politischen Konsequenzen für die Bundesrepublik Deutschland, weil durch eine solche Politik nicht nur die für sie positiven Ergebnisse der Ostpolitik in Frage gestellt, sondern mit Sicherheit auch die innerdeutschen Beziehungen, einschließlich der wirtschaftlichen, negativ berührt würden.

Wirtschaftliche Orientierungspunkte

Auf der anderen Seite kann aber auch niemand erwarten, daß die westlichen Regierungen die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen politisch und materiell bei einer weiterhin expansiven und aggressiven Außen- und Sicherheitspolitik der Sowjetunion fördern und damit helfen, die Mängel des Sowjetsystems zu verdecken, ohne dafür politische Gegenleistungen zu erhalten.

Die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen sollten sich deshalb nach wirtschaftlichen Kriterien entwickeln. Das heißt auch: keine Zins-

oder Exportsubventionen durch westliche Regierungen für Ostkredite oder -exporte. Unberührt bleiben muß auch die Kontrolle des Exports strategisch wichtiger Technologie im Rahmen von COCOM.

Längerfristig könnten die westlichen Regierungen der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten im Rahmen einer Nachfolgepolitik für die Entspannungspolitik der 70er Jahre positive, aber auch negative (etwa für den Fall einer erneuten sowjetischen Militärintervention) wirtschaftliche Orientierungspunkte setzen und damit versuchen, auf die künftige Politik der Sowjetunion einzuwirken. Damit kann zwar nicht der Frieden garantiert werden, aber Wirtschaftsbeziehungen schaffen gemeinsame Interessen zwischen den Handelspartnern. Sie sind ein Anreiz, Stabilität zu erhalten, und schaffen Grundlagen für eine weitere Zusammenarbeit. Sie tragen dazu bei, die Sowjetunion in die Gemeinschaft der entwickelten Industriestaaten zu integrieren. Sie sind neben den Rüstungskontrollverhandlungen das dynamischste positive Element in den Ost-West-Beziehungen und helfen, den Dialog zwischen Ost und West aufrechtzuerhalten und Mißtrauen abzubauen, was wiederum auch nützlich für Rüstungskontrollverhandlungen und die Eindämmung internationaler Krisen allgemein ist.

WELTKONJUNKTUR DIENST

Jahresbezugspreis
DM 80,-
ISSN 0342-6335

Der Vierteljahresbericht, der von der Konjunkturabteilung des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg erarbeitet wird, analysiert und prognostiziert die wirtschaftliche Entwicklung in den wichtigsten westlichen Industrienationen sowie auf den Weltrohstoffmärkten.

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

Armin Gutowski

Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen: Ein Handlungsrahmen für die Politik

Die Entspannungspolitik seit Ende der sechziger Jahre, die mit einem erheblichen Anstieg des Ost-West-Handels einherging, hatte bei vielen zu überzogenen Erwartungen hinsichtlich der Art der Koexistenz von Ost und West geführt. Viele hofften, daß mit zunehmender wirtschaftlicher Verflechtung zwischen Ost und West bei steigendem Wohlstand im Osten die Gefahr von militärischen Konflikten eingedämmt und die Sowjetunion nicht weiter versuchen würde, durch grenzüberschreitende Aggressionen ihre externe politische und strategische Machtbasis auszubauen. Spätestens mit dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan breitete sich Ernüchterung aus. Die Ereignisse in Polen haben ein übriges zur Desillusionierung beigetragen.

Die militärische Besetzung Afghanistans durch die Sowjetunion offenbarte, daß der Westen auf derartige Ereignisse schlechterdings nicht vorbereitet war und ist. Die insbesondere von den Vereinigten Staaten ergriffenen Sanktionen hatten auf die sowjetische Präsenz in Afghanistan kaum Einfluß. Es hätte auch nur einen geringen Unterschied gemacht, wenn die westeuropäischen Länder bereitwilliger dem Drängen der USA nachgegeben hätten, sich ihren Maßnahmen anzuschließen.

Trotz dieses Fehlschlags ist nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen am 13. Dezember letzten

Jahres erneut die Forderung nach Sanktionen sowohl gegenüber der Sowjetunion als auch Polen gestellt worden, um die Aufhebung des Kriegsrechts zu erzwingen. Insbesondere haben die Vereinigten Staaten darauf gedrängt, daß die westeuropäischen Länder das Gas-Röhren-Geschäft mit der Sowjetunion nicht abschließen. Die westeuropäischen Länder haben diesem Drängen letztlich nicht nachgegeben, weil einmal die Kosten dieser Sanktionen nahezu ausschließlich von ihnen allein getragen werden müßten und weil ihnen zum anderen diese Kosten nicht in einem angemessenen Verhältnis zu den möglichen politischen Vorteilen aus einer Schwächung der wirtschaftlichen Position der UdSSR und der anderen RGW-Staaten zu stehen schienen.

Abbruch der Beziehungen?

Die Stagnation des Handels mit dem Osten in den letzten Jahren ist demnach auch kaum das Ergebnis westlicher Sanktionen auf den Einmarsch in Afghanistan. Zum größten Teil ist sie die Folge der katastrophalen wirtschaftlichen Lage in den meisten osteuropäischen Ländern, die es sich wegen ihrer hohen Verschuldung im Westen nicht mehr leisten können, weiterhin im bisherigen Umfang ihre Importe auszuweiten, zumal die westlichen Staaten nicht mehr bereit sind, ihnen für weitere Handelsbilanzdefizite Kredite zu gewähren. Zum kleineren Teil ist die Stagnation des Ost-

West-Handels auf die binnenwirtschaftlichen Schwierigkeiten der westlichen Staaten zurückzuführen, durch die auch der ohnedies träge Absatz osteuropäischer Exportgüter erschwert wird.

Es ist sicherlich eine Illusion anzunehmen, daß nun der Zeitpunkt gekommen sei, durch einen Kreditstopp und durch Liefersperren den Zusammenbruch des östlichen Wirtschaftssystems und infolgedessen auch des östlichen politischen Systems zu erzwingen. Die wahrscheinlichere Folge solcher Maßnahmen wäre eine Stärkung der inneren politischen Situation des Ostens, weil die Entbehrungen, die man auf sich zu nehmen hätte, dem äußeren Feind angelastet werden könnten. Auch dürfte die Sowjetunion kaum bereit sein, ihre geopolitischen Ziele aufzugeben, unabhängig von dem, was der Westen tut oder unterläßt.

Wirtschaftliche Beziehungen sollten auch nicht mit dem Argument der politischen Polarität völlig abgebrochen werden. Dazu sind Handels- und Finanzbeziehungen, wie gerade auch die Erfahrungen der siebziger Jahre gelehrt haben, in einem gewissen Ausmaß für beide Seiten zu wertvoll und wichtig. Die Frage, die sich den westlichen Ländern, aber ohne Zweifel ebenso den RGW-Staaten, stellt, ist die nach dem Umfang, in dem die wirtschaftlichen Beziehungen erlaubt oder sogar gefördert werden sollen, d. h. wie die Vorteile aus diesen Bezie-

hungen gegenüber den Kosten einer möglichen Schwächung der eigenen strategischen Position zu gewichtigen sind.

Vorkehrungen für Krisen

Erstens ist anzunehmen, daß trotz der angespannten weltpolitischen Lage eine mäßige Ausdehnung des Handels und der Kredite, allerdings zu marktmäßigen Konditionen, für beide Seiten von Vorteil ist. Zweitens ist die Wirtschaftsordnung des Westens so überlegen, daß seine Volkswirtschaften trotz der Vorteile des Handels auch für den Osten ihren bisherigen Vorsprung leicht halten können – zumindest dann, wenn die hausgemachten politischen und ökonomischen Schwierigkeiten, die in letzter Zeit die wirtschaftliche Entwicklung in Europa und in Amerika beeinträchtigt haben, gelöst werden. Deshalb kann der Westen eine Strategie der begrenzten Ausdehnung der wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Osten verfolgen, falls er gleichzeitig Vorkehrungen trifft, die verhindern, daß er im Falle ernster Krisen erneut unvorbereitet und ohne einen Vorrat an wirksamen Gegenmaßnahmen dasteht.

Diese Vorkehrungen sollten trotz der angeführten Fehlschläge für den Fall ernster Krisen in der Androhung von Sanktionen bestehen.

Derartige Sanktionen müssen dann allerdings glaubhaft sein. Dies ist nur der Fall, wenn erstens der Schaden, der dem Gegner bei der Anwendung der Sanktionen entsteht, größer ist als der Vorteil aus den Handlungen, die solche Sanktionen auslösen. Zweitens muß der Schaden, der dem Anwender von Sanktionen durch diese wirtschaftlichen Maßnahmen selbst entsteht, kleiner sein als der Schaden, den er durch die mit Sanktionen bedrohten Handlungen des Gegners erleidet.

Glaubwürdigkeit von Sanktionen

Natürlich sind solche Schäden und Vorteile nicht immer objektiv meßbar. Darauf kommt es im Grunde auch gar nicht an. Die andere Seite muß davon überzeugt werden, daß die Sanktionen androhenden Länder die Vorteile und Schäden so einschätzen, wie es den beiden Bedingungen entspricht. Außerdem muß glaubwürdig sein, daß die Sanktionen tatsächlich ergriffen werden, wenn Krisen entstehen. Um die Androhung von Sanktionen glaubhaft zu machen, müssen sie gemeinsam von den westlichen Ländern, also von Europa, Nordamerika und Japan, vereinbart werden. Es muß also von vornherein ausgemacht werden, daß in ernsthaften Krisen konzertierte Aktionen zum Tragen kommen.

Notwendiger Bestandteil einer solchen Vereinbarung ist ein Plan, in dem von vornherein festgelegt wird, wie zwischen den beteiligten Ländern die Lasten verteilt werden, die aus solchen Sanktionen erwachsen. Dieser Plan muß auch die Verteilung solcher Lasten einschließen, die durch Gegenzüge des Ostens, z. B. durch die Einstellung von Energielieferungen an den Westen, entstehen. So schwierig die Erfüllung dieser Bedingungen im politischen Raum gegenwärtig auch zu sein scheint, der Westen darf sich nicht darüber täuschen, daß eine Lösung dieses Problems die Grundbedingung für jegliche Sanktionspolitik ist. Bei den Sanktionen muß freilich überlegt werden, inwieweit zwischen der Sowjetunion selbst und einzelnen osteuropäischen Ländern differenziert werden kann.

Wenn solche Vorkehrungen getroffen werden, die das Androhen von Sanktionen für ernste Krisen glaubhaft machen, ist es nicht unwahrscheinlich, daß in Krisensituationen Verhandlungen aufgenommen werden, die die Anwendung von Sanktionen unnötig machen.

Bedingungen für eine Handelsausweitung

Sind solche Vorkehrungen getroffen, dann steht einer Ausdehnung des Handels mit dem Osten

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

Xue Muqiao

SOZIALISMUS IN CHINA

– Erfolge, Fehlschläge, Reformperspektiven –

Großoktav, 319 Seiten, 1982, Preis brosch. DM 48,-

ISBN 3-87895-218-X

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H – H A M B U R G

auf der Basis komparativer Vorteile nichts im Wege, wenn drei Bedingungen beachtet werden:

Erstens: Vom Handel sollten solche Produkte ausgeschlossen werden, die unmittelbar für militärische Zwecke benutzt werden können und/oder einen so hohen technologischen Standard haben, daß sie im Osten sonst nicht zur Verfügung stehen (COCOM-Liste). Natürlich ist es schwierig, Produkte, die auch für militärische Zwecke eingesetzt werden können, von irgendwelchen anderen Gütern abzugrenzen. Jegliche Importe, z. B. auch Nahrungsmittel- und Getreideimporte, können letztlich Produktionsfaktoren freisetzen, die dann zur Herstellung von militärischen Gütern genutzt werden. Außenhandel auf der Basis komparativer Vorteile beinhaltet nun einmal, daß beide Handel treibenden Parteien Produktivitätsgewinne erzielen. Weil dem so ist, sollte die COCOM-Liste sehr restriktiv sein, dann aber auch einen stärkeren Verpflichtungscharakter haben.

Zweitens: Mit einer Ausdehnung des Handels setzt sich der Westen selbst der Möglichkeit eines stärkeren politischen Drucks von seiten der Sowjetunion sowie potentieller Gegenmaßnahmen als Reaktion auf eigene Sanktionen aus. Die westlichen Länder dürfen daher nicht zulassen, daß ihre Belieferung mit Gütern, die von lebenswichtiger Bedeutung für das Funktionieren ihrer Volkswirtschaften sind, zu stark vom Osten abhängt.

Die Bedenken der Vereinigten Staaten, das europäisch-sowjetische Gas-Röhren-Geschäft könnte eine derart gefährliche Abhängigkeit schaffen, erweist sich bei näherer Betrachtung jedoch als unberechtigt: Die Energieabhängigkeit einzelner westeuropäischer Länder von der Sowjetunion erreicht maximal 7 % des Primärenergie-Ver-

brauchs, wenn die Pipelines fertiggestellt worden sind. Für Gesamtwesteuropa ist der Grad der Abhängigkeit wesentlich niedriger. Die Abhängigkeit von den russischen Lieferungen wird noch geringer, wenn für den Fall einer Unterbrechung dieser Lieferungen angemessene Eventualpläne bestehen und der Zugang zur US-Kohle und anderen alternativen Energiequellen auf der Grundlage solcher Pläne ermöglicht wird. Bedacht werden sollte ebenfalls, daß diese Diversifikation der Energiequellen Westeuropa auch unabhängiger vom OPEC-Öl macht.

Andererseits dürfte die Sowjetunion wegen der hohen Devisenerlöse, die mit den Gaslieferungen verbunden sind, nur ein geringes Interesse daran haben, die Gaslieferungen zu unterbinden. Aber auch hier stellt sich die Frage – die inzwischen in der amerikanischen Argumentation in den Vordergrund gerückt ist –, ob gerade diese Einnahmen die UdSSR in die Lage versetzen, sich die von ihr gewünschte Technologie zu verschaffen und dadurch ihre außenpolitischen Ziele leichter zu verfolgen. Sollen wir durch den Bezug von Energie, die wir – wenn auch zu einem höheren Preis – woanders beziehen könnten, zulassen, daß die Sowjetunion diese Devisen verdient? Damit sind wir letztlich wieder bei der zentralen Frage angelangt, ob überhaupt, selbst auf der Grundlage komparativer Vorteile, Handel mit dem Osten getrieben werden soll. Die Verneinung dieser Frage stellt in höchstem Maße ein politisches Werturteil dar, dessen Weisheit aus schon angesprochenen Gründen angezweifelt werden kann.

Kredite mit Auflagen

Drittens: Der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern sollten keine finanziellen Vergünstigun-

gen eingeräumt werden. Wegen ihrer hohen Verschuldung wird diesen Staaten eine Kreditfinanzierung in Zukunft ohnehin nur in bescheidenem Rahmen möglich sein. Ein Kappen aller Kredite ist allerdings ebenso wenig sinnvoll wie eine Fortsetzung der Kreditgewährung im Stil der siebziger Jahre. Selbst wenn das eine oder andere Land mit seinen Zahlungen in Verzug gerät, bringt eine Zahlungsunfähigkeitserklärung das Geld nicht zurück, geschweige denn, daß sie zum völligen Zusammenbruch des östlichen Systems führen wird. Eine gewisse Kreditgewährung zumindest an die osteuropäischen Nationen kann dagegen zur wirtschaftlichen Wiederbelebung dieser Länder beitragen, so allmählich diese auch eintreten mag, und vermeiden, daß sie sich wieder nahtloser in den sowjetischen Block einfügen müssen. Diese Kredite sollten allerdings im Rahmen von Auflagen gewährt werden, die von dem Internationalen Währungsfonds (IWF) oder irgendeinem anderen Expertengremium kontrolliert werden. Eine solche Politik könnte es solchen Ländern vielleicht sogar erlauben, liberalere wirtschaftliche Wege zu beschreiten, und dies mit Billigung der Sowjetunion, da sie hierdurch entlastet würde.

Überhaupt könnten für eine geordnete Entwicklung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen neben dem IWF vielleicht auch andere internationale Organisationen, wie die UN-Wirtschaftskommission für Europa oder die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, in Zukunft eine größere Rolle spielen.

Damit keine Mißverständnisse entstehen, sei zum Schluß betont, daß sich diese Entwicklung nur vollziehen kann, wenn auf militärischem Gebiet zumindest ein annäherndes Gleichgewicht hergestellt wird.